

Jetzt umsteuern!

Die Bologna-Reform leidet unter eklatanten Schwächen.

Von *Bernhard Kempen*

**Professor Dr. Bernhard Kempen
ist Präsident des Deutschen
Hochschulverbandes, Bonn**



Zehn Jahre nach der »Bologna-Erklärung«, in der sich 30 europäische Staaten am 19. Juni 1999 zu dem Ziel eines einheitlichen europäischen Hochschulraums bekannten, hat sich an deutschen Universitäten statt Euphorie Ernüchterung breitgemacht. Selbst vehemente Befürworter der Hochschulreformen müssen eingestehen, dass Kernziele des Bologna-Prozesses bislang nicht erreicht wurden. So ist mit der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen ein Studienortwechsel im In- wie Ausland nicht erleichtert, sondern deutlich erschwert worden. Der erhoffte Automatismus bei der Anerkennung von Studienleistungen blieb aus. Und die Zahl der Studienabbrecher hat sich insbesondere in den Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften erhöht statt verringert.

Verantwortlich für diese Fehlentwicklungen ist die bürokratische Umsetzung der Reformen in Deutschland, bei der die angestrebte Vereinheitlichung mit Gleichmacherei verwechselt wurde. Die unterschiedlichen Wissenschafts- und Ausbildungstraditionen der inzwischen 46 Bologna-Signatarstaaten lassen sich jedoch nicht über einen Kamm scheren. Sach- und fachgemessen muss entschieden werden, ob die neuen Abschlüsse für die jeweilige Disziplin taugen oder nicht. Wer eine dem Wettbewerb verpflichtete, autonome Hochschule will, sollte nicht gleichzeitig von oben herab Studienstrukturen verordnen.

Nicht jedes Fach lässt sich in ein sechssemestriges Korsett pressen. Betätigungsfelder unterhalb der klassischen ärztlichen und juristischen Berufe würde ein dreijähriges grundständiges Bachelorstudium in Medizin und Jura nicht eröffnen. Vergleichbares gilt für die Lehramtsstudiengänge sowie die Ingenieurwissenschaften: Gerade in den Ingenieurwissenschaften war das Diplom made in Germany eine international anerkannte Marke, die ihren Trägern weltweit Zugang zum Arbeitsmarkt eröffnete. Diese Marke jetzt aufzugeben war kein Gebot der Bologna-Vereinbarungen, sondern eine mehr als unvernünftige Forderung deutscher Kulturpolitik.

Ebenso wenig ist den Konferenzdokumenten zu entnehmen, dass der Master nur einer Hand voll Auserlesener vorbehalten bleiben sollte. Darauf läuft es aber in Deutschland hinaus: Die Hochschulen werden per Zielvereinbarung dazu gebracht, bei der Masterausbildung zu knausern und ihre Mittel bis zu 80 Prozent in Bachelorprogrammen einzusetzen. In vielen Studienfächern können sich daher nur 20 Prozent der Bachelorabsol-

venten in einem Masterstudiengang weiterqualifizieren. Viele der Bachelorabsolventen, die von der Wirtschaft allen Werbekampagnen zum Trotz eben doch nicht immer mit Kuschhand genommen werden, klopfen jetzt vergeblich an die Tür zum Masterstudium. Es passt einfach nicht zusammen: Für Handwerksmeister werden die Zugangshürden zum Bachelorstudium beseitigt, während sich beim Masterstudium durch Noten und Quoten neue Hürden auftürmen.

Das unerfüllte Versprechen, den deutlich erhöhten Prüfungs- und Lehraufwand der modularisierten Studiengänge mit zusätzlichem Personal aufzufangen und zusätzliche Masterstudienplätze zu schaffen, droht im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise in Vergessenheit zu geraten. Die vom Wissenschaftsrat zuletzt angemahnten 1,1 Milliarden Euro für eine Verbesserung der Studiensituation sind im Hochschulpakt II nicht enthalten. Dabei liegt das Kapital moderner Wissensgesellschaften vor allem in einer hochwertigen Ausbildung, die die Studierenden auch wollen. Wenn im 10. Studierendensurvey, der im Auftrag des Bundesforschungsministeriums herausgegeben wird, die Hälfte der Befragten dem Bachelorstudium die wissenschaftliche Qualität abspricht, muss das alarmieren. Gerade an Universitäten haben die neuen Studiengänge dem Anspruch einer universitären Ausbildung durch Wissenschaft gerecht zu werden. Nicht der Bachelor, sondern der Master sollte deshalb der Regelabschluss sein. Wer in Krisenzeiten in die Zukunft investieren will, darf bei der Bildung nicht sparen. Volkswirtschaftlich ergibt es wenig Sinn, dass eine große Wissenschaftsnation diejenigen, die ihr altes Auto entsorgen, mit einer Abwrackprämie ködert, aber denjenigen, die mit ihren Köpfen etwas aufbauen wollen, den Berufszugang versperrt.

Kostenneutral werden sich die Bologna-Reformen nicht umsetzen lassen. Für die Bologna-Ziele, mehr Mobilität und bessere Vergleichbarkeit von Abschlüssen in einem gemeinsamen europäischen Hochschulraum, lohnt aber jede Mühe. Um mehr Mobilität zu ermöglichen, sind finanzielle Anreize erforderlich. Mobilitätsverbünde, bei denen Hochschulen im In- wie Ausland ihre Curricula aufeinander abstimmen, sollten prämiert werden. Auch praxisnahe Studiengänge gilt es längerfristig mit Geld zu fördern – durch Belohnung von Hochschulen, deren Absolventen unmittelbar nach dem Studium einen fachnahen Arbeitsplatz erhalten haben.

Damit der Bologna-Zug an Fahrt gewinnt, hat der Deutsche Hochschulverband die eklatanten Schwächen der Reform beim Namen benannt. Seine Verbesserungsvorschläge liegen auf dem Tisch. Die Hochschulpolitik muss unverzüglich handeln, wenn der Bologna-Zug nicht bald in einem Sackbahnhof stehen bleiben soll: Mit Beschwichtigung und betulicher »Nachbesserungsrhetorik« dürfen wir uns nicht länger aufhalten. Die Losung heißt: Jetzt umsteuern!

Eine Aktionswoche von
Spektrum der Wissenschaft
und dem Blogportal SciLogs.de
vom 15. bis 21. Juni 2009:
www.scilogs.de/bologna



10 JAHRE BOLOGNA
Die Zukunft unserer Hochschulen